



BRÜCKENSCHLAG Den Boden für faire Preise ebnen

Sie als Bäuerin oder Landwirt sind gleich doppelt betroffen: Weil viele ausländische Anbieter für Waren, die für die Schweiz bestimmt sind, einen satten «Schweizer Zuschlag» verlangen, zahlen Sie einerseits für Ihre Konsumprodukte zu viel. Andererseits ist auch auf Maschinen, Dünger, Saatgut oder Setzlingen der «Aufpreis Schweiz» drauf. Und das nicht zu knapp: zwei Milliarden Franken geben Bauern im Jahr zu viel für diese Vorleistungen aus, hat das Forschungsinstitut «BAK Basel» in einer Studie berechnet.

Mit der Fair-Preis-Initiative will der Konsumentenschutz zusammen mit anderen Organisationen und KMUs das ändern. Unternehmen, die von der Belieferung eines Produktes oder einer Dienstleistung ab-

hängig sind, sollen die Produkte diskriminierungsfrei direkt beim Hersteller bestellen können. Und es soll nicht mehr zulässig sein, dass ausländische Online-Händler Kunden aus der Schweiz nicht bedienen und sie stattdessen auf die teurere Schweizer Website verweisen oder umleiten (Geoblocking-Verbot). Kurz und gut: Die Volksinitiative schafft die Grundlage für wirksame gesetzliche Massnahmen gegen missbräuchliche Schweiz-Zuschläge.

Wichtig für die Landwirtinnen und Produzenten ist, dass die Initiative nicht die Preise für Lebensmittel drücken will. Sie betrifft Werkzeuge, Geräte, Maschinen, Kosmetik und Kleider – Produkte, die im Inland und Ausland identisch sind, aber wegen des unfairen Schweiz-

Zuschlags hierzulande viel teurer sind. Seit gut zwei Jahren ist die Initiative eingereicht. In diesem Frühling werden nun wichtige Weichen gestellt: Der schwache Gegenvorschlag des Bundesrates wurde von der Kommission des Nationalrates nachgebessert. Nun wird der Nationalrat in der Frühlingsession 2020 über den Vorschlag entscheiden. Anschliessend geht das Geschäft an den Ständerat. Die beiden Räte haben bis spätestens Juni 2021 Zeit, einen Gegenvorschlag zur Initiative zu verabschieden.

Als Nationalrätin werde ich mich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass der Boden für fairere Preise geebnet wird – sei es im Parlament oder, falls der Gegenvorschlag zu wenig Wirkung verspricht, an der Urne.

ZUR PERSON



Prisca
Birrer-Heimo

Die Nationalrätin und Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz wohnt in Rothenburg.